



taz.die tageszeitung vom 25.03.2020, Seite 2 / Aktuelles

## Forderung nach der grünen Bazooka

Weltweit sollen Staatshilfen in Billionenhöhe die Wirtschaft vor dem Corona-Schock schützen. Umweltschützer wollen die Vergabe an Ökokriterien binden

Von **Bernhard Pötter**

Das Schreckgespenst heißt "Abwrackprämie": In der Finanzkrise nach 2008 zahlte die Bundesregierung zwei Millionen Autohaltern, die ihr altes Fahrzeug verschrotten ließen und ein neues kauften, jeweils 2.500 Euro. Gedacht war das als Hilfe für die Autoindustrie, verkauft wurde es vom SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel als "Umweltprämie", weil alte und dreckige Fahrzeuge gegen neue ausgetauscht wurden. Aber die Kritik war groß: Der deutschen Industrie habe das "Strohfeuer" kaum genutzt, hieß es, und die Umweltverbände sahen für viel Geld wenig Nutzen.

In der globalen Wirtschaftskrise von 2008/09 wurde die Wirtschaft weltweit mit Milliardenhilfen gestützt. Fortschritte für die Klima- oder Umweltpolitik brachten die weltweiten Hilfspakete aber kaum. Im Gegenteil legten die CO<sub>2</sub>-Emissionen und das Artensterben nach der Delle wieder kräftig zu.

Das soll nach der überstandenen Corona-Krise nicht noch einmal passieren. "Wir haben eine Verantwortung, dass sich die Wirtschaft besser als damals erholt", sagt UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Den "Rahmen fürs Handeln" sollten die UN-Ziele für Nachhaltigkeit und Klimaschutz setzen. Auch der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, mahnte, man habe "eine historische Chance", der Wirtschaft zu helfen, "dreckige Investments zu reduzieren und die Energiewende zu beschleunigen".

Als Anfang März die EU-Kommissionspräsidentin die Finanzierung ihres Europäischen Green Deals mit 1 Billion Euro vorstellte, waren dabei für sieben Jahre nur mickrige 7,5 Milliarden Euro frisches Geld vorgesehen. Plötzlich ist Kapital im Überfluss da. Und die Frage lautet: Finanziert das Steuergeld die alten Strukturen oder den Umbau zur Klimaneutralität?

Diese Debatte beginnt nun auch in Deutschland. Schon bevor der Bundestag am Mittwoch den Nachtragshaushalt für das 600-Milliarden-Euro Hilfspaket bewilligt, das SPD-Finanzminister Olaf Scholz die "Bazooka" nennt, fordern Umwelt- und Klimaschützer Ökokriterien für die geplanten massiven Staatsausgaben. Der BUND will ein "weitsichtiges Konjunkturprogramm, das akutes Krisenmanagement mit Investitionen in die sozial-ökologische Transformation verbindet", Greenpeace fordert einen "grünen Marshallplan". Die Ökonomin Claudia Kemfert warnt vor neuem Geld für alte Technologien und die grüne Abgeordnete Lisa Badum fordert, der "Green Deal muss die Entscheidungsgrundlage für alle Konjunkturlösungen sein".

Für den Thinktank Agora Energiewende wäre ein Investitionsprogramm, das "blind alte Technologien fördert", sogar schädlich, weil es "höhere Emissionen auf Dauer zementieren würde". Eine Online-Petition auf [change.org](https://change.org) will die "Coronakrise zur Klimachance machen: Rettungsgelder richtig nutzen"; Eine Sprecherin von "Extinction Rebellion" fordert, "keine bedingungslosen Finanzspritzen für Verschmutzer", alle öffentlichen Gelder müssten an Standards zur Erreichung des Klimaziels von 1,5 Grad gekoppelt werden. Und der Chef des Umweltbundesamts (UBA), Dirk Messner, sagt: "Konjunkturpakete müssen grün aufgelegt werden und neben Beschäftigung und Wirtschaft auch den Green Deal und den Klimaschutz voranbringen." Erreichen könne man das zum Beispiel mit Investitionen in die Infrastruktur für E-Autos, Sanierung von Gebäuden oder in mehr Energieeffizienz für die Industrie.

Die Forderungen nach einer grünen Bazooka sollen auch der Gegenbewegung den Schwung nehmen. Denn in der Krise mehrten sich Stimmen, das Ökagedöns jetzt erst einmal zu lassen: Der parlamentarische Staatssekretär im CDU-Wirtschaftsministerium, Thomas Bareiß, twitterte zu den Forderungen, die Fragen von **Solardeckel** und Abstandsregeln für Windkraft endlich zu lösen: "Wir haben gerade noch ein paar andere drängendere Themen zu bewältigen, die unser ganzes Land betreffen."

Sein Fraktionskollege Klaus-Peter Willsch will die Luftverkehrssteuer für ein Jahr aussetzen, um die Airlines zu entlasten. Und es kommen auch drastische Vorschläge: Den CO<sub>2</sub>-Preis oder die Düngeverordnung für Bauern zu verzögern, die Autoindustrie bei den EU-CO<sub>2</sub>-Grenzwerten zu entlasten, den EU-Emissionshandel auszusetzen oder gleich "den Green Deal zu vergessen und sich auf Corona zu konzentrieren", wie es der tschechische Premier Andrej Babis formuliert.

Dieses "Falsche zu lassen" ist dann auch der erste Rat eines Schnellgutachtens, das das Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) zu dieser Frage für Greenpeace erstellt hat. Außerdem solle das Geld vor allem in den Strukturwandel zur Klimaneutralität fließen: In Busse, Bahnen und Radverkehr, die Dämmung von Gebäuden, in mehr **Solar**- und Windenergie. Der notleidende Luftverkehr solle sich für Hilfen zu mehr Klimaschutz verpflichten, die Erfahrung des

flächendeckenden "Homeoffice" könne zu mehr Telearbeit und weniger Berufspendlern führen, Kurzarbeit als Weiterbildung genutzt werden. Die niedrigen Ölpreise könnten helfen, die weltweit 160 Milliarden Dollar an jährlichen Subventionen für Sprit abzubauen, schreiben die Autoren.

Für konkrete Festlegungen sei es noch zu früh, heißt es dazu jedoch aus der Bundesregierung. Allerdings hat zumindest das SPD-geführte Umweltministerium diese Frage im Blick. "Das Haus bereitet sich darauf vor, dass die Konjunkturprogramme möglichst so ausgestattet werden, dass sie Wachstum und Klimaschutz voranbringen", so ein Sprecher. Das UBA hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der Fachleute zu Konsum, Sozialwissenschaft und Klimaschutz nach solchen Lösungen suchen.

Denn zu früh ist es für solche Entscheidungen offenbar nicht. Zumindest aus China, das die Corona-Epidemie erst einmal eingedämmt zu haben scheint, mehren sich laut *Bloomberg News* die Anzeichen, dass die Regierung massiv in bereits fertige Projekte investieren will, um das Wachstum anzukurbeln - ohne große Rücksicht auf die Umwelt.



*Bleibt mal auf dem Boden: Airbus-Maschinen von Lufthansa werden derzeit nicht gebraucht Arne Dedert/dpa*

*Bernhard Pötter*

**Quelle:** taz.die tageszeitung vom 25.03.2020, Seite 2

**Dokumentnummer:** T20202503.5673848

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_8ed759613cad66abc158d889d838a810d52d0d08](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_8ed759613cad66abc158d889d838a810d52d0d08)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

**GENIOS** © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH